

Der Einfluss der Wirtschaftskrise auf das Verhalten der russischen Industrieunternehmen

Yakovlev, Andrei

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Yakovlev, A. (2009). Der Einfluss der Wirtschaftskrise auf das Verhalten der russischen Industrieunternehmen. *Russland-Analysen*, 190, 6-11. <https://doi.org/10.31205/RA.190.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Analyse

Der Einfluss der Wirtschaftskrise auf das Verhalten der russischen Industrieunternehmen

Von Andrei Yakovlev, Moskau

Einleitung

Im Auftrag des russischen Wirtschaftsministeriums führte die Moskauer Higher School of Economics in diesem Jahr die zweite Studie zur Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen der verarbeitenden Industrie durch, an der im Frühjahr 1006 Industrieunternehmen aus 8 Branchen und 44 Regionen Russlands teilnahmen. Nach unseren Erfahrungen der vergangenen Jahre gehen wir davon aus, dass unsere Unternehmensauswahl bezüglich der zentralen Parameter repräsentativ für die russische verarbeitende Industrie ist.

Der Fragebogen beinhaltete eine Reihe von Fragen, die den Einfluss der aktuellen Wirtschaftskrise auf das Unternehmensverhalten betreffen. Zuerst wurden die Unternehmensleiter gebeten, die Folgen der Krise für das eigene Unternehmen einzuschätzen. Anschließend sollten sie beschreiben, welche Maßnahmen ihr Unternehmen in Reaktion auf die Wirtschaftskrise ergriffen hatte. Danach wurden die Unternehmensvertreter gefragt, welche Schritte der staatlichen Wirtschaftspolitik zur Krisenbekämpfung aus ihrer Sicht am effektivsten für ihr Unternehmen und ihre Branche seien. Der folgende Beitrag gibt basierend auf den bereits ausgewerteten Antworten von 752 Fragebögen eine Analyse der Reaktionen und Einschätzungen der Unternehmen bezüglich der Wirtschaftskrise.

Die größten Probleme der Unternehmen

Die Unternehmen wurden gefragt, in welchem Umfang verschiedene Aspekte der staatlichen Regulierung (Steuern, Lizenzen, Zölle etc.) sowie der Zustand der Infrastruktur (Telekommunikation, Verkehr, Stromversorgung etc.) für sie ein Problem darstellen. Insgesamt wurden 19 Faktoren aufgezählt, die auf einer Skala von 1 bis 5 bewertet wurden (entsprechend einer Einschätzung von »das Problem ist für uns kein Hindernis« bis zu »ein ernsthaftes Problem«). Dabei waren beliebig viele Antworten möglich.

Die Antworten zeigen, dass das größte Problem für Unternehmen im Frühjahr 2009 die volkswirtschaftliche Instabilität darstellte. Als »ernsthaftes« bzw. »sehr ernsthaftes« Problem wurde sie von genau zwei Dritteln der Unternehmen genannt. Bemerkenswert ist, dass dieser Faktor von den Unternehmen noch öfter genannt wurde, als die Höhe der Steuern, die traditionell auf dem ersten Platz lag. Hohe Steuern wurden von 52 % der Unternehmen als »ernsthaftes« bzw. »sehr ernsthaftes« Problem eingeschätzt. Weitere Faktoren, die von mehr als einem Drittel der Unternehmen genannt wurden, sind die Verfügbarkeit von Krediten, die Kosten der Kreditaufnahme, Unvorhersagbarkeit der staatlichen Regulierung und der Mangel an qualifizierten Fachkräften. Insgesamt ist festzustellen, dass institutionelle Faktoren im Vergleich zur Infrastruktur weiterhin ein größeres Problem darstellen. Dabei steht die Korruption, die von Massenmedien und Experten viel dis-

kutiert wird, bei den Unternehmen mit 23 % erst auf Platz 8. Einen vollständigen Überblick über die Bewertungen gibt Grafik 1 auf S. 9.

Ein Vergleich der Werte aus diesem Jahr mit den Werten der vorhergehenden Umfrage aus dem Jahr 2005 zeigt einige Veränderungen im russischen Geschäftsklima. Die größten Verschlechterungen zeigen sich bei drei Faktoren. Die volkswirtschaftliche Instabilität wird in diesem Jahr von mehr als doppelt so vielen Unternehmen als ernsthaftes Problem genannt, was einem Anstieg von 29 % auf 66 % der Nennungen entspricht. Die Verfügbarkeit von Krediten und die Kosten der Kreditaufnahme folgen mit einem Zuwachs von 18 Prozentpunkten und 22 Prozentpunkten. Diese Veränderungen sind offensichtlich auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen.

Ernst zu nehmen ist die Verschlechterung bei der Einschätzung der Zollabwicklung, die in der Rangliste der größten Probleme von Platz 15 im Jahr 2005 auf Platz 10 in diesem Jahr gestiegen ist. Diese negative Veränderung kann schwerlich auf die Wirtschaftskrise zurückgeführt werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist dieses Problem mit der ineffizienten Zollregulierung verbunden. Diese Entwicklung ist in der Krise höchst gefährlich. Die Umfrageergebnisse zeigen, dass Unternehmen, die sich auf Auslandsmärkte orientieren, weiterhin stärker zu Investitionen und Innovationen neigen. Dementsprechend können sie zur Überwindung der Wirtschaftskrise beitragen. Ihre Tätigkeit wird jedoch

durch die wachsenden Probleme in der Zusammenarbeit mit den Zollbehörden beeinträchtigt.

Eine Verbesserung der Einschätzung gab es vor allem bei den Steuerbehörden, im Vergleich zu 2005 hat sich die Zahl der Nennungen fast halbiert. Ebenfalls verbessert hat sich die Einschätzung des Fachkräftemangels, des Rechtssystems und der Sicherheitslage (bezüglich Unterschlagung, Schutzgelderpressung und Terrorismus). Der Rückgang des Fachkräftemangels ist ebenfalls eine direkte Folge der Wirtschaftskrise, die in vielen Regionen und Branchen zu Massenentlassungen und damit zu einer Situationsänderung auf dem Arbeitsmarkt geführt hat. Trotzdem bleibt der Fachkräftemangel eines der zentralen Probleme der Unternehmen.

Folgen der Wirtschaftskrise

Zum Zeitpunkt der Umfrage im Frühjahr 2009 haben nur 6 % der Unternehmen keine Folgen der Wirtschaftskrise gespürt. Als schwerste Folgen der Wirtschaftskrise wurden von den übrigen Unternehmen der Nachfrage- rückgang nach der eigenen Produktion (52 %), Zahlungsausfälle seitens der Abnehmer (48 %) und steigende Kosten der Kreditaufnahme (44 %) genannt. Etwas weniger bedeutende Folgen sind aus Sicht der Unternehmen gestiegene Ansprüche der Banken bezüglich Sicherheiten, Forderungen nach Vorauszahlungen durch Zulieferer und Verkürzungen der Laufzeiten von Krediten. Diese Probleme werden von 31 % bis 38 % der Unternehmen als brennende Probleme genannt. Einen Überblick über die Ergebnisse gibt Grafik 2 auf S. 10.

Die Gefahr einer Insolvenz wird von 20 % der Unternehmen als akutes Problem genannt. Dies stimmt mit den Aussagen der Unternehmen zu ihrer Finanzlage überein. Entgegen den verbreiteten pessimistischen Einschätzungen bezeichneten 23 % der Unternehmen ihre Finanzlage als gut, 60 % als befriedigend und nur 17 % als schlecht. Gleichzeitig erklärten trotz der Krise ein Drittel der Unternehmen ihre Absicht, in den kommenden zwölf Monaten größere Investitionen tätigen zu wollen.

Wir können feststellen, dass die Wirtschaftskrise besonders schwere Folgen für die Unternehmen der Textilindustrie sowie der Metallindustrie und der metallverarbeitenden Industrie hat. Am wenigsten betroffen sind Unternehmen der Nahrungsmittelindustrie. Ebenfalls auffällig ist, dass große Unternehmen (mit mehr als 1.000 Beschäftigten) stärker von der Krise betroffen sind. Dies könnte damit zusammenhängen, dass mittelständische Unternehmen deutlich weniger bei Banken verschuldet sind, da sie sich vorrangig mit Eigenkapital finanziert haben. Außerdem zeigt sich, dass Unternehmen mit einem größeren Engagement im Bereich For-

schung und Entwicklung, mit größeren Investitionen in den letzten vier Jahren und mit einem größeren Exportanteil von der Krise stärker getroffen wurden.

Reaktionen auf die Wirtschaftskrise

Die Unternehmen der verarbeitenden Industrie reagierten auf die Krise konservativ. Die häufigsten Reaktionen sind Verzögerungen bei der Bezahlung von Zulieferern (47 %), Einführung von Teilzeitarbeit und unbezahltem Urlaub (46 %), Reduzierung der Produktion und Verschiebung von Investitionsprojekten (je 44 %). Gleichzeitig versuchen jedoch 41 % der Unternehmen neue Absatzmärkte zu erschließen. Ein Drittel der Unternehmen reduziert seine Verkaufspreise, während gleichzeitig ein Viertel der Firmen mit Preissteigerungen auf die Krise reagiert. Nur eine sehr begrenzte Anzahl von Unternehmen, nämlich 13 %, sucht staatliche Hilfe. Dies sind allerdings im Wesentlichen Großunternehmen. Nur für 5 % ist der Verkauf von Aktiva eine Option. Einen Überblick über die Ergebnisse gibt Grafik 3 auf S. 10.

Es zeigt sich, dass eine aktive Adaptionstrategie, die auf die Erschließung neuer Absatzmärkte setzt, vor allem für größere Unternehmen typisch ist, die in Forschung und Entwicklung investieren und in mittelgroßen Städten in Regionen mit mittlerem Investitionspotenzial beheimatet sind.

Noch ein interessanter Aspekt der Reaktionen der Unternehmen auf die Wirtschaftskrise ist ihre Preispolitik. Die Unternehmen aus der chemischen Industrie, der Nahrungsmittelindustrie und der Textilindustrie neigen zu Preiserhöhungen. In allen anderen Branchen, insbesondere in der Holzverarbeitenden Industrie und der Metallindustrie, reagierte die Mehrheit der Unternehmen hingegen mit Preissenkungen. Preissenkungen nahmen außerdem vor allem exportorientierte Firmen und Firmen ohne Staatsaufträge vor. Preissteigerungen hingegen wurden vor allem von Unternehmen mit Staatsbeteiligung bzw. mit schlechter Finanzlage sowie aus Regionen mit überdurchschnittlichem Investitionspotential ergriffen.

Erwartungen an die Regierung

Die erfolgreiche Anpassung der Unternehmen an die geänderten Wirtschaftsbedingungen hängt nicht unwesentlich davon ab, inwieweit die staatliche Wirtschaftspolitik den Anforderungen der Unternehmen gerecht wird. Daher sollten bei der Politikplanung die Erwartungen der Unternehmer berücksichtigt werden.

Auf dem ersten Platz der Wunschliste staatlicher Maßnahmen stehen bei drei Viertel der Unternehmen

Steuerentlastungen. Hierbei muss jedoch berücksichtigt werden, dass sich in allen Ländern der Welt insbesondere in Krisenzeiten die Mehrheit der Unternehmen für Steuerentlastungen ausspricht. Spezifischer für Russland ist in diesem Zusammenhang, dass mehr als die Hälfte der Unternehmen einen Verzicht auf Tarifierhöhungen durch die natürlichen Monopole (wie Erdgas und Eisenbahn) fordert und jeweils ein Drittel die Stabilisierung des Wechselkurses des Rubel und die Sicherung eines stabilen Bankensystems mit größerer Kreditvergabe als entscheidenden Faktor für ungestörte Unternehmenstätigkeit nennt. Einen Überblick über die Ergebnisse gibt Grafik 4 auf S. 11.

Die natürlichen Monopole stehen weiterhin in erheblichem Umfang unter staatlicher Kontrolle und ihre Preispolitik wird staatlich koordiniert. Einerseits tragen sie mit ihren Steuerzahlungen wesentlich zum Staatshaushalt bei und gehören zu den großen Investoren in der Wirtschaft und damit auch zu den Auftraggebern für die verarbeitende Industrie. Ihre Investitionsprogramme werden von den natürlichen Monopolen hauptsächlich über Tarifierhöhungen finanziert. Diese Tarifierhöhungen führen aber andererseits zu wachsenden Produktionskosten bei den Unternehmen und beschleunigen auf diese Weise die Inflation und den Abwertungsdruck auf den Rubel. Dies führt zu steigenden Zinssätzen und reduziert das Kreditangebot. Diese Faktoren hemmen die Entwicklung der Unternehmen. Dementsprechend steht die Wirtschaftspolitik jetzt vor der Herausforderung bei der Steuerung der natürlichen Monopole klare Prioritäten zu entwickeln.

Gleichzeitig fällt auf, dass nur sehr wenige Unternehmen eine verstärkte Rolle des Staates als Eigentümer (5 %) oder als Organisator einer gegenseitigen Verrechnung von Unternehmensschulden (6 %) für notwendig halten. Die meisten Unternehmer erwarten vom Staat auch keine weiteren Maßnahmen zur Regulierung des Arbeitsmarktes.

Interessant ist noch, welche Erwartungen speziell aktive Unternehmen an die staatliche Wirtschaftspolitik haben. Zu den aktiven Unternehmen zählen wir Exportunternehmen, Investoren und außerdem die Unternehmen, die als Reaktion auf die Krise die Erschließung neuer Märkte gewählt haben. Alle aktiven Unternehmen wählten als erste zwei Wünsche an die Wirtschaftspo-

litik Steuerentlastungen und ein Einfrieren der Tarife der natürlichen Monopolen. Außerdem halten sie im Gegensatz zu den anderen Unternehmen die Sicherung eines stabilen Bankensystems und die bessere Verfügbarkeit von Krediten für wichtig und nennen weniger häufig die Stabilisierung des Rubels. Außerdem votieren sie eher für einen Schutz des Binnenmarktes durch Importbeschränkungen und setzen weniger auf eine Ausweitung der Staatsaufträge.

Vorläufige Schlussfolgerungen

Die Studie zeigt, dass die Unternehmen selbst ihre Lage in der Wirtschaftskrise viel positiver einschätzen als dies in den volkswirtschaftlichen Daten über wachsende Arbeitslosigkeit, Zahlungsausfälle und Verschuldung dargestellt wird.

Dies liegt natürlich zum Teil daran, dass bei unserer Studie unabhängig von ihrer Größe alle Unternehmen gleichgewichtet eingehen. Große Unternehmen leiden aber in Russland, wie auch unsere Studie bestätigt, viel stärker unter der Krise. Und die großen Unternehmen haben logischerweise einen größeren Einfluss auf die volkswirtschaftlichen Kennzahlen. Obwohl große Unternehmen (mit über 1.000 Beschäftigten) in unserer Studie nur einen Anteil von 13 % haben, beträgt z. B. ihr Anteil an der Beschäftigung aller Arbeitskräfte der Unternehmen, die in der Studie teilgenommen haben, knapp über 50 %. Dies entspricht den Relationen in der russischen Gesamtwirtschaft. Hinzu kommt, dass in unserer Studie Unternehmen, die sich bereits in oder auch kurz vor Konkursverfahren befinden, nicht erfasst wurden, so dass die Unternehmen in einer relativ besseren Lage überrepräsentiert sind.

Es ist aber auf jeden Fall ein positives Zeichen für die weitere Entwicklung der russischen Wirtschaft, dass selbst unter Berücksichtigung der oben genannten Verzerrungen eine positive bis neutrale Einschätzung der eigenen Finanzlage überwiegt und bei den meisten Unternehmen (einschließlich der Großunternehmen) Investitionspläne für die Zeit bis zum nächsten Frühjahr vorhanden sind. Dies zeigt, dass auf der Unternehmensebene Potential für erneutes Wirtschaftswachstum vorhanden ist. Die Realisierung dieses Potentials muss durch die Wirtschaftspolitik stimuliert werden.

Übersetzung aus dem Russischen: Lina Pleines

(Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.)

Über den Autor

Dr. Andrei Yakovlev ist Direktor des Instituts zur Analyse von Unternehmen und Märkten der Higher School of Economics in Moskau.

Der vorliegende Beitrag basiert auf den Ergebnissen einer von der Higher School of Economics für das Wirtschaftsministerium durchgeführten wissenschaftlichen Studie (Themenkürzel 0402-19-08). Die Unternehmensbefragung wurde vom Lewada-Zentrum durchgeführt. An der Umfrage nahmen insgesamt 1006 Unternehmen teil. Bisher konnten allerdings erst 752 Fragebögen ausgewertet werden. Die befragten Unternehmen kommen aus 8 Branchen und 44 Regionen der Russischen Föderation: Nahrungsmittelindustrie; Textil- und Bekleidungsindustrie; Holzindustrie; Chemieindustrie; Metallindustrie; Maschinenbau; Elektroindustrie; Optik, Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik; Fahrzeugbau.

Lesetipp

Die Ergebnisse der ersten Studie von 2005, die gemeinsam mit der Weltbank durchgeführt wurde, sind u. a. veröffentlicht worden in:

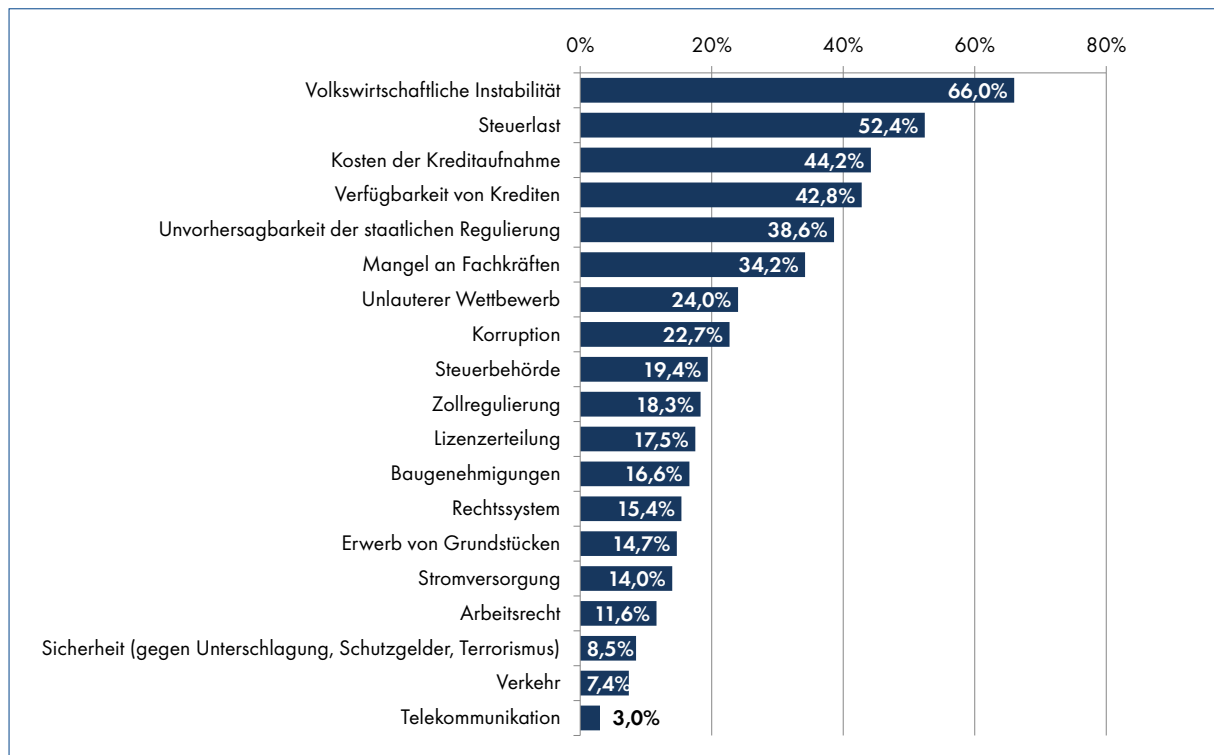
- »Enhancing Russia's Competitiveness and Innovative Capacity« (edited by R. Desai and I. Goldberg) World Bank 2007.
- V. Golikova, K. Gonchar, B. Kuznetsov, A. Yakovlev: Rossiiskaya promyshlennost na perepute, in: Voprosy ekonomiki 3/2007, S. 4–34.
- K. Gonchar, B. Kuznetsov (Hg.): Rossiiskaya promyshlennost na etape rosta. Faktory konkurentosposobnosti firm, Moskau, Verlag Verschina 2008.

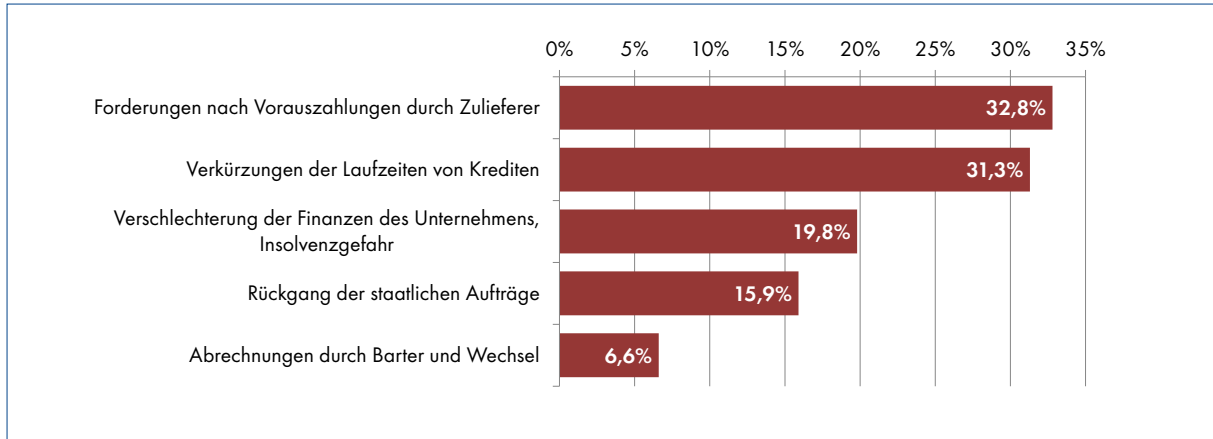
Tabellen und Grafiken zum Text

Umfrage des Lewada-Zentrums unter 752 Unternehmen der verarbeitenden Industrie

(Februar bis Mai 2009, durchgeführt im Auftrag der Higher School of Economics)

Grafik 1: Ernsthafteste Probleme der Unternehmen (Mehrfachnennungen möglich)



Grafik 2: Zentrale Probleme in Folge der Wirtschaftskrise (Mehrfachnennungen möglich)

Grafik 3: Reaktionen auf die Krise (Mehrfachnennungen möglich)


Grafik 4: Gewünschte wirtschaftspolitische Unterstützungsmaßnahmen (max. 3 Nennungen)

